

## Robert Forke bevorzugt britische Einwanderer

### Skandinavier und Nordwesteuropäer an weiter Stelle.

#### Darlegung der Immigrationsfrage vor Provinzvertretern.

##### Schärfere Kontrolle und Auswahl in europäischen Häfen.

Ottawa. — Die Vertreter der Provinzregierungen hatten mit dem Einwanderungsminister Robert Forke und Beamten seines Departements eine besondere Konferenz, wobei Forke die Einwanderungspläne für das nächste Jahr darlegte. Insbesondere betonte er sich mit der subventionierten Einwanderungsbewegung von den britischen Inseln, den Kolonisationsprojekten der Bundes- und Provinzial-Regierungen und dem Abkommen mit den Einwanderungsgesellschaften bezüglich der Einwanderung vom europäischen Kontinent.

Der Minister betonte, daß es der Wunsch der Regierung sei, auf alle mögliche Weise den Zutromm von geeigneten britischen Anwohnern zu fördern, und daß er dabei um die Mitarbeit aller am britischen Einwanderungswesen interessierten Organisationen erlaube. Forke erklärte ferner das Nominationssystem, demzufolge Einwohner von Kanada Verwandte, Freunde oder andere benennen können, denen die Ermöglichtungen der britischen Reichsfindungsgerichte zuteil werden sollten. Er legte dar, daß infolge der Einrichtung eines ärztlichen Inspektionsdienstes durch canadische Beamte, die kürzlich nach England geschickt wurden und kurz nach Neujahr ihre Tätigkeit beginnen werden, die Abschaffung jener Bestimmungen leuchtend ist, die einen besonderen Erlaubnischein in den Händen von britischen Frauen ohne Begleitung verlangte. Statt eine besondere Zahl von genehmigten und ungenehmigten britischen Einwanderern, wie im letzten Jahr festzulegen, will der Minister, daß sein Departement mit Hilfe der Beamten der Landesfindungsabteilung und der Provinzregierungen alle Form- und Ausarbeiter in Kanada unterbringt, die von den britischen Inseln einwandern, die Kolonisationsabteilungen der Eisenbahnen und die verschiedenen Einwanderungsgesellschaften, die unter Leitung

religiöser Körperschaften stehen, werden erlaube, ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, um von den britischen Inseln die möglichst größte Zahl von Einwanderern, die abgelehnt werden können, herüberzubringen.

Die Vertreter der Provinzregierungen verteilten die Meinung, daß die Kontrolle über die Auswahl der Einwanderer in den Händen des Ministers liegen und daß das Interesse Canadas der leitende Grundzahn sein müsse. Der Minister versicherte der Konferenz, daß nach dem Abkommen für das nächste Jahr das Einwanderungsministerium die Auswahl übernehmen werde, daß aber auch gleichzeitig ein weiterer Zielraum für die Mitarbeit aller interessierten Organisationen vorhanden sein werde.

Hon. Forke erklärte im Einzelnen die verschiedenen Pläne, mit denen die Regierung die Anwerbung britischer Leute auf den freien Märkten Canadas zu bewerkstelligen hoffe. All diese Verfahren verlangen nach einer gewissen Unterstützung seitens der Provinzen. Er teilte mit, daß bereits mehrere Provinzen ihre Mitarbeit zugesagt hätten.

Die Konferenz befaßte sich ziemlich ausführlich mit den letzten zwei Jahren vor sich gehende Einwanderungsbewegung vom europäischen Kontinent. Provinzvertreter äußerten die Meinung, daß in der Vergangenheit diese Einwanderung zu sehr unter der Kontrolle der Schiffsgesellschaften gestanden habe, woraus sich dann für manche Einwanderer, die nicht entsprechend untergebracht worden seien, Schwierigkeiten ergeben hätten.

Minister Forke bemerkte, er gebe die Meinung der Vergangenheit gerne zu, habe aber bei Erörterung des Form- und Ausarbeiter in Kanada unterbringt, die von den britischen Inseln einwandern, die Kolonisationsabteilungen der Eisenbahnen und die verschiedenen Einwanderungsgesellschaften, die unter Leitung

teile ferner der Konferenz mit, daß er sich die Vollmacht vorbehalte, die Einwanderungsbewegung jederzeit einzustellen, wenn die Schiffsgesellschaften nicht die nötige Sorgfalt bei Auswahl und Unterbringung der Einwanderer von Kontinentaleuropa wälten lassen.

Der Minister betonte, daß bei der jetzt eingehenden Politik der Einwanderung von den britischen Inseln die erste Stelle eingeräumt werde, weiterhin werde auch die Einwanderung aus Skandinavien und anderen aus den nordwestlichen Ländern Europas begünstigt, auf deren Gebiet sich die Abmachung mit den Transportgesellschaften nicht beziehe.

Das Ergebnis der Konferenz war, so heißt es in dem offiziellen Bericht, die Darstellung verschiedener Einwanderungspläne, und die Vereinbarung ging auseinander mit der Berücksichtigung der Mitarbeit der Provinzen und dem Ausdruck der Bereitschaft für das, was bereits geschehen und was für die Zukunft geplant ist.

## Ottawa-Konferenz beendet

### Befriedigendes Ergebnis allgemein anerkannt.

#### Etwas 40 Fragen eingehend behandelt.

Ottawa. — Die Aussprache der canadischen Provinzvertreter in der Bundeshauptstadt Ottawa hat zu einer gegenseitigen Verständigung in vielen Fragen geführt und wird in der Zukunft wohl gute Früchte tragen. Die Zusammenkunft hatte keinen erfruchtlichen oder abmildernden Charakter, sondern nur beratende Fähigkeiten. Dennoch werden die dort behandelten Probleme ihren Niederschlag in gelegentlichen Maßnahmen finden. Wenn auch die Vertreter verschiedenen politischen Parteien angehören, so wurde doch der Parteipunkt bei den Verhandlungen ganz außer Acht gelassen. Trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten kam es nicht zu einem größeren Streitfall.

Zu Anfang beschäftigte die Konferenz mit der Frage der Verfassungsreform, und zwar der Senatsreform sowie der Veränderung der canadischen Verfassung, des British North America Act. (Dabei ist bereits in der letzten Ausgabe des "Courier" berichtet worden.)

Sichtlich der Frage der Zukunft des Dominion an die Provinzen wurde allgemein ein Resonanz gemeldet, obwohl Ontario und Quebec, die in besserer finanzieller Lage sich befinden, nicht besonders darauf angewiesen sind. Die canadische Regierung vertritt nur die betreffenden Vorschläge zu

## Lloyd George gegen Austen Chamberlain

### Kritik an der deutschen Weltpolitik.

#### Früherer Premier über neue Kriegsmöglichkeiten

London. — Der ehemalige Vizepräsident Lloyd George hat in einer Ansprache an die Mitglieder des Admirals Clubs die auswärtige Politik der jetzigen Regierung und den Außenminister Sir Austen Chamberlain in scharfer Weise angegriffen und dabei erklärt, daß nach den jetzigen Verhältnissen in Europa ein fünfjähriger Krieg unausweichlich sei.

Der kleine Redner antwortete in dieser Ansprache auch auf die Kritik, die Sir Austen vorige Woche an einer vorher von dem Führer der Liberalen gehaltenen Rede geübt hatte. Der Außenminister hatte Lloyd George insbesondere vorgeworfen, daß dieser an dem Locarno-Pakt festhaltend allerlei zu bemerken habe.

Lloyd George sagte, daß soweit der Locarno-Pakt in Betracht komme, Austen Chamberlain ein "Fundamentalist" sei, während er, Lloyd George, darauf bestünde, daß, wenn wirklich Weltfrieden herbeigeführt werden soll, der Locarno-Pakt bloß als ein Schritt gegen einen Teil der Schritte angesehen werden sollte, und — fügte er hinzu — wir müssen von dem Locarno-Pakt wegkommen und weiter gehen. Diesen Worten verlieh Lloyd George durch energisches Schütteln seines buschigen Kopfes Nachdruck. Weiter sagte er:

Sir Austen Chamberlain hat sich lange genug auf Locarno ausgerichtet. Es hat wenig Zweck, an den Worten des Kapo Maggiore wie ein Stroh zu stehen und übernatürlich Flug dreinschleudern, weil man eine Felleisendstraße hat. Er soll seine Kräfte ausbreiten und eine Friedensoffensive fortsetzen.

Der französische Außenminister Briand schied jetzt die Friedensstunde nach Washington, um zu versuchen, zwischen den zwei großen Republiken der Welt einen Vertrag zustande zu bringen, der den Krieg zwischen ihnen für immer bannen soll. Sekretär Chamberlain sollte diesen schonen Beispiel nachstreben. Wenn es nicht gelingt, ihn dadurch, daß ich heute einige Steine nach ihm werfe, aus seiner Ruhe aufzuwecken, und ihn zu bewegen, dem Sonnenlicht entgegen zu fliegen, werde ich für die Zukunft einen Beitrag zum Weltfrieden gemacht haben. Ich hoffe, daß in der Vergangenheit bei nichts beigetragen habe.

Lloyd George betonte in seiner Rede, falls die Hoffnungen erweckt zu haben, wie Sir Austen von ihm behauptete. Der frühere liberale Ministerpräsident sagte, er habe bloß darauf hingewiesen, daß die Alliierten

## Deutsche Reparationskrise

### Vereinfachung des Verwaltungsapparates.

#### Antwort an den Reparationsagenten.

Berlin. — In einer Sitzung des Reichskabinetts wurde die Einrichtung einer Reparationskommission für Reparationen beschlossen. Die Kommission, deren Vorsitzender der Reichsfinanzminister Dr. Brüning sein wird, soll in ihrer weiteren Zusammenstellung Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie der Ministerien für Finanzen, Wirtschaft, Ernährungs- und Landwirtschaft enthalten. Sie wird mit der Aufgabe betraut werden, alle Maßnahmen im Bezug auf Reparationen zu beschleunigen.

Dieser Schritt des Reichskabinetts erledigt ein weit verbreitetes Gerücht von der geplanten Ernennung eines besonderen Reparationskommissars. Auch wird damit das beherrschende Gerücht von einer bevorstehenden Ausscheidung des Reichsfinanzministers abgelehnt, dessen unwillkürlicher Rücktritt schon aus politischen Gründen nicht anzunehmen wäre, weil es äußerst schwierig sein würde, die jetzige Regierungskoalition ohne Brüning als Finanzminister zusammenzubehalten.

Kanzler Brüning plant eine Reise nach München, die den Zweck hat, die dortigen politischen Führer zu einer Vereinfachung der bayerischen Staatsverwaltung zu überreden. Seine Mission dürfte auf große Schwierigkeiten stoßen, weil Bayern eine selbständige Selbstständigkeit besitzt und hinter jedem Schritt, der von Berlin ausgeht, Gehör wittert.

In diesem Zusammenhang wird die aufgeworfene Frage der Bildung einer Reichsvereinsleitung, die alle Länder umfasst, lebhaft erörtert. Das Ziel dieser Bewegung ist, den schwerfälligen und kostspieligen Verwaltungsapparat durch einheitliche Reichsverwaltung zu ersetzen. Ein solches Verfahren würde, wie geltend gemacht wird, dem Reich viele Millionen ersparen und die geplante Verwaltungsreform zum Besten der Regierungsbefugnisse ermöglichen.

Antwort an Gilbert. — Dem Memorandum des Generalagenten der Reparations-

zahlungen Dr. Forke Gilbert mit seinen Ausstellungen an der deutschen öffentlichen Finanzverwaltung hat die Reichsregierung eine Antwort folgen lassen, in welcher in gekürzter Weise der eigene Standpunkt dargelegt wird.

Diese Antwort behandelt, ebenso wie das Memorandum selbst, die aufgeworfenen Fragen in erster Linie von wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten aus, stellt aber zur gleichen Zeit fest, daß diese Betrachtungsweise nicht immer vollständig sein wird. Berücksichtigung der staatspolitischen Notwendigkeiten muß hinzu treten, von denen der Vollzug des gesamten Volkes abhängt. Nach Darlegung des wirtschaftlichen Teils betrachtet die Reichsregierung ebenso wie der Generalagent als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik alle produktiven Kräfte zu entwickeln. Die Beförderung der Wirtschaftslage, die seit der Stabilisierung das Endziel ist, besteht, daß die Wirtschaft aus dem In- und Ausland zugeflossenen Gelder rationelle Verwendung gefunden haben. Die Höhe der Auslandsverpflichtungen gibt gegenüber den verfügbaren Mitteln und im Hinblick auf die Produktivität der dafür geschaffenen Anlagen keinen Anlaß zur Beunruhigung. Auslandskredite und Anleihen folgten naturgemäß in entsprechendem Umfang Importe von Auslandswaren, zumal Deutschland für seine Rohstoffe und den Nahrungsmittelbedarf in weitem Maße auf ausländische Erzeugnisse angewiesen ist.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik muß es bleiben, von beiden Seiten aus auf eine Verminderung der Passivität der Handelsbilanz hinzuwirken.

Im Monatsdurchschnitt ist seit Juli dieses Jahres die Reineinfuhr von Rohstoffen und Halbwaren um 16 Prozent zurückgegangen, zur gleichen Zeit ist eine Erhöhung der Reineinfuhr an Fertigwaren um 24 Prozent eingetreten.

## Rumänien und Carol

### Mansulescu vor Gericht.

#### Bratiansu Diktaturgelüste.

Bukarest, 10. Nov. — Als heute das Kriegsgericht zusammentrat, um den die Prozeßierung des früheren Unterstaatssekretärs rumänischen Finanzministeriums, Mansulescu, zu beenden, wurde in großer Erregung, wie man das Gerichtsgebäude unter Kriegsdruck gestellt und abgelehrt. Am Nachmittag führt ein Oberst, der die jetzige Regierung als ein Mitglied der Majestät und zwei Offiziere von Hauptmannrang sind die Zeugen. Eine große Anzahl der glänzendsten Rechtsanwältinnen Rumäniens erschienen als Verteidiger des Angeklagten. Die Anklage vertritt der Corps-Auditeur Oberst Caravonica.

Nur zehn ausländische Journalisten wurden im Gerichtsaal zugelassen. Die verlesenen Namenliste der 200 vorgeladenen Zeugen hörte sich an, wie ein Register der politischen Größen des Landes. Prinz Carol figurierte auf ihr, ferner Bratiansu und alle Mitglieder des Kabinetts; aber die Minister hatten ihre Erklärungen unter Verhüllung auf ihre parlamentarische Immunität gegen Verurteilung abgelehnt. Der Angeklagte selbst, ein mobil gekleideter junger Mann von tadellosen Manieren, dem Probleme der Verhandlung nicht gar so ernst zu nehmen.

Man hört, daß die Verteidigung den Antrag stellen wird, den Prinzen Carol aus Paris als Zeugen vor das Kriegsgericht zu bringen; aber es ist fest anzunehmen, daß das Gericht nicht aufgeben wird, wenn die Verhandlung nicht gar so ernst zu nehmen.

Man hört, daß die Verteidigung den Antrag stellen wird, den Prinzen Carol aus Paris als Zeugen vor das Kriegsgericht zu bringen; aber es ist fest anzunehmen, daß das Gericht nicht aufgeben wird, wenn die Verhandlung nicht gar so ernst zu nehmen.

## Reorganisation der Saskatchewan-Regierung

### George Spence Eisenbahnminister von Saskatchewan.

Regina. — George Spence, bisher Mitglied des Unterhauses in Ottawa für den Wahlkreis Maple Creek, ist zum Eisenbahnminister in der Regierung von Saskatchewan ernannt worden.

Nach einer Mitteilung des Unterstaatssekretärs H. J. Latta, des stellvertretenden Premier, wird die Reorganisation der Regierung wahrscheinlich die Portfolio aller Minister betreffen, mit Ausnahme von Hon. Dr. J. W. Ulrich und Hon. C. W. Hamilton.

Zurück die Ernennung von Spence wird eine Erleichterung in Maple Creek für das Unterhaus in Ottawa nötig werden.

Der neue Minister wurde im Oktober 1890 in Winton, Kanada, geboren und kam im Jahre 1900 nach Canada. Im Juli 1919 heiratete er sich mit einer Tochter von Thomas Wain in Winton, Sask. Er ist Farmer von Beruf und wurde im Jahre 1917 zum Wahlkreis Maple Creek in der Legislatur von Saskatchewan ernannt. 1921 und 1925 wurde er wiedergewählt, worauf er im Oktober 1925 aus der Provinzlegislatur zurücktrat und sich in das Unterhaus in Ottawa wählen ließ. Im September 1926 erfolgte seine Wiederwahl.

Aus der Kandidatur von Hon. Latta geht hervor, daß mit dem Eisenbahnministerium auch das Bureau für Arbeit und Industrie verbunden werden soll. Ferner ist beabsichtigt, den Tätigkeitsbereich des Landwirtschaftsministeriums zu erweitern, namentlich im Hinblick auf die Vermarktungsabteilung. Auf diese Weise hofft man, die Kolonisation zu fördern, eine Aufgabe, die George Spence in besonderem Maße zu tun will.

## Lohnkämpfe in Deutschland

### Streikbewegung in allen Teilen des Reiches.

#### Lohnsteigerung und Gütererzeugung.

Berlin. — Immer häufiger des Reallohnens bedeu. Leuten und ernster treten in der letzten Zeit in verschiedenen Teilen des Reiches Lohnkämpfe auf, hervorgerufen durch die nachgerade akut werdende Verteuerung der Lebenshaltung. Die für sich zum Ausdruck gebrachte Forderung der Möglichkeit einer Verringerung der Lohnsteigerung in der Textilindustrie Westdeutschlands hat sich nicht beschränkt, im Gegenteil, es ist namentlich in Ostpreußen zum Ausdruck gekommen. Die ganze Textilindustrie im Bergischen Land steht still. Keine Spindel bewegt sich im Wuppertal, wo die Industrie, besonders in Elberfeld-Barmen, ihren Hauptstützpunkt hat.

Am 1. Juli 1927 waren nach dem Ausweis des Statistischen Reichsamtes die Löhne der gelernten Arbeiter gegenüber 1913 um 47 Prozent, die der ungelerten Arbeiter aber um 81 Prozent gestiegen. Daraus geht hervor, daß die Löhne der gelernten Arbeiter durchschnittlich entprechend der Steigerung der Indexziffer, die der ungelerten Arbeiter aber wesentlich stärker gestiegen sind. Die Kaufkraft der Arbeiter ist also im Durchschnitt nicht geringer als sie vor dem Kriege war.

Der Reichsverband der deutschen Industrie macht in seiner Erklärung darauf aufmerksam, daß die Steigerung des Lohnes nur dann eine Steigerung des Reallohnens bedeuten, wenn gleichzeitig die Gütererzeugung vermehrt wird. Wie eine solche Vermehrung der Gütererzeugung möglich sein soll, wenn mit der Forderung nach höheren Löhnen auch die auf eine Verringerung der Arbeitszeit verbunden und teilweise durchgeführt werde, ist unverständlich.

## Neuer Deutschcanadischer Hausfreund

### Courierkalender 1928, erschienen.

Mit der Verendung der vorausbestellten Kalender wird in dieser Woche begonnen.

#### Preis nur 50 Cents pro Exemplar.

Eignet sich auch vorzüglich als Weihnachtsbescherung für die Lieben in der alten Heimat.

Wird auf Wunsch kostenlos als Prämie an alle bez. geliefert, die ihre deutsche Zeitung "Der Courier" bis Januar 1928 vorauszahlen. Dieses günstige Angebot gilt aber nur bis Neujahr 1928.

Auch jeder, der dem "Courier" einen neuen Leser zuführt und \$2.00 für das erste Jahr einrichtet, erhält als Belohnung einen neuen Kalender.

### Bestellen Sie sofort den unterhaltenden und lehrreichen Courierkalender 1928!

"Der Courier",  
1835 Halifax Str., Regina, Sask.

### Neuer deutscher rumänischer Epizone

Titraspol, Ukraine. — Drei Rumänen, die der Überführung der russisch-rumänischen Grenze zwecks Spionage überführt wurden, sind zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Die Namen der Verurteilten sind: Tomenko, Arisan und Samolow.